

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

die Saison läuft auf Hochtouren, während die politische Sommerpause eingeläutet worden ist. Erfreulicherweise lehnte der Bundesrat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause den Entwurf zum Düngegesetz ab. Insbesondere die Stoffstrombilanz sorgte seit Monaten für rege Diskussionen und wurde im Zuge der Ministerreden vor der Abstimmung massiv kritisiert als unnötiges Bürokratiemonster für den Gemüsebau. Dazu wurde auch hier mehrfach berichtet und die Fachgruppe war äußerst aktiv zu dem Thema. Lesen Sie den Bericht auf Seite 3 zum Stand des Verfahrens.

Fertig vor der Sommerpause wurde auch das Programm zu den diesjährigen Grünberger Gemüsebautagen. Erstmals ist das Seminar eine anerkannte Sachkunde Fortbildung. Nutzen Sie das Angebot für eine Auffrischung Ihrer Pflanzenschutzkenntnisse. Das komplette Programm und den Link zur Anmeldung finden Sie dieses Mal ganz hinten im Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen. Ihr Team der Bundesfachgruppe Gemüsebau

Inhalt

Grußwort.....	1
Aktuelles in Kürze	2
Deutschen Gartenbautag 2024 des Zentralverbandes Gartenbau (ZVG).....	2
ZVG pocht auf Anpassungen beim Energieeffizienzgesetz	2
Düngegesetz scheitert wegen Stoffstrombilanz im Bundesrat	3
Parlamentarisches Frühstück: Weiteren Bürokratieaufbau verhindern	4
BOG warnt vor Politisierung beim Mindestlohn.....	5
Fachgruppe Gemüsebau begrüßt AMK-Beschluss zu GLÖZ 2	6
Benevia nach Widerspruch verzögert bewilligt.....	7
53er Anträge der Bundesfachgruppe Gemüsebau.....	8
Programm der Grünberger Gemüsebautage – Pflanzenschutz Spezial	9

Aktuelles in Kürze

Deutschen Gartenbautag 2024 des Zentralverbandes Gartenbau (ZVG)

Bei der internen Mitgliederversammlung am 19. September wählen die Delegierten eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten des Verbandes. Im Anschluss wird nach zwölf Jahren Jürgen Mertz als ZVG-Präsident verabschiedet. Erwartungen und Erfolge des „Maßnahmenpaketes Zukunft Gartenbau“ bilden am 20. September beim öffentlichen Teil der ZVG-Mitgliederversammlung die Klammer. Endverkaufsgärtner Reinhard Steinhilber, Zierpflanzenproduzent Frank Werner und Gemüseerzeuger Stefan Schulz werden über ihre betrieblichen Herausforderungen und Erwartungen an das Maßnahmenpaket sprechen. Gemeinsam mit Staatssekretärin Silvia Bender vom Bundeslandwirtschaftsministerium, SPD-Gartenbauberichterstatteerin Sylvia Lehmann und CDU/CSU-Gartenbauberichterstatte Arthur Auernhammer werden die nächsten nötigen Schritte diskutiert.

Traditionell wird der Deutsche Innovationspreis Gartenbau des Bundeslandwirtschaftsministeriums übergeben.

Anmeldung unter: [LINK](#)

ZVG pocht auf Anpassungen beim Energieeffizienzgesetz

Der Zentralverband Gartenbau (ZVG) hat seine Forderung zu Änderungen im Energieeffizienzgesetz bekräftigt und seine Stellungnahme im Vorfeld der Befassung im Bundestag und Bundesrat nochmals an die politischen Entscheider versandt. Die neuen Regelungen stellen für viele kleine und mittelständische Betriebe, zu welchen nahezu alle Gartenbaubetriebe in Deutschland gehören, eine erneute zusätzliche erhebliche wirtschaftliche Belastung sowie eine Benachteiligung im europäischen Wettbewerb dar. In einigen Fällen sind sie sogar existenzbedrohend. Die Kritik richtet sich insbesondere an die künftig geforderte Zertifizierung nach ISO-50001. Sie ist für Gartenbaubetriebe nach Einschätzung des ZVG kein geeignetes Werkzeug für die Verbesserung der Energieeffizienz. Dies habe auch Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck in einer öffentlichen Diskussionsrunde in Nürnberg am 15. Februar 2024 eingeräumt, erinnert der ZVG. Auf eine diesbezügliche Frage eines Gartenbauunternehmers habe dieser erläutert, dass das Energieeffizienzgesetz auf energieintensive industrielle Unternehmen fokussiere. Der ZVG weist noch einmal dringlich darauf hin, dass die aktuell vorgesehenen Energieschwellen, die zu einem Energieaudit bzw. zu einem Energiemanagement (EMS) verpflichten, für den Gartenbau sehr kritisch sind. Er spricht sich stattdessen für eine 1:1-Umsetzung der EU-Vorgaben (Energieeffizienzrichtlinie EU 2023/1791 – EED) aus. Dazu zählt die Anhebung der Energieschwelle für ein Energiemanagementsystem auf den Gesamtenergieverbrauch von derzeit in Deutschland 7,5 GWh auf EU-Norm 23,6 GWh. Außerdem spricht sich der ZVG dafür aus, die Umsetzungsfristen zu übernehmen: für Energieaudit bis zum 11. Oktober 2026, für Energiemanagementsystem ab 23,6 GWh bis zum 11. Oktober 2027.

Düngegesetz scheitert wegen Stoffstrombilanz im Bundesrat

Der Bundesrat hat in seiner Plenarsitzung am 5. Juli 2024 dem zweiten Gesetz zur Änderung des Düngegesetzes die Zustimmung verweigert. Das Gesetz sollte unter anderem die Grundlagen für die Stoffstrombilanzverordnung und die Monitoringverordnung bilden. Zuvor hatten sich drei Ministerpräsidenten gegen die Novelle des Düngegesetzes ausgesprochen und verwiesen explizit auf das Festhalten an der Stoffstrombilanz, die ja bekanntermaßen noch ausgeweitet werden sollte. Die Pläne zur Ausweitung umfassten neben anderen Bereichen auch den Gemüsebau sowie die Erdbeeren im Freiland. Zuvor wurde die Stoffstrombilanz im Agrar- und Ernährungsausschuss des Bundestages am 06. November 2023 gleich von mehreren Sachverständigen als nicht zielführend angesehen, darunter auch Christian Ufen, Vorsitzender der Bundesfachgruppe Gemüsebau. Doch schon bereits im Evaluierungsbericht im Jahr 2021 wurde auch auf den massiven Bürokratieaufwand und die einzelbetrieblichen Probleme in den spezialisierten Betrieben im Gemüsebau hingewiesen. In mehreren Gesprächen und Anschreiben auf fachlicher und politischer Ebene wurde seitens der Bundesfachgruppe mit den Fachexperten auf dem Gebiet für das Thema sensibilisiert. Trotzdem hielt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) an den Plänen fest und versuchte lediglich eine neue Bezeichnung als Nährstoffbilanz einzuführen. Brandenburgs Ministerpräsident Woidke fasste die Sachlage in seiner Bundesratsrede nun wie folgt zusammen: "Die Wissenschaft braucht sie nicht, die Verwaltung braucht sie nicht, der Umwelt hilft sie nicht". Das nun die Länder im Bundesrat ihre Zustimmung verweigert haben, war eigentlich anhand der Diskussionen in den letzten Agrarministerkonferenzen abzuleiten. Zwar hatte die Bundesregierung mit einem umfassenden Entschließungsantrag versucht, Einfluss auf die spätere Ausgestaltung der Verordnung zu nehmen sowie das BMEL in der Woche vor der Bundesratsabstimmung in einer Protokollerklärung eine zeitweise Aussetzung und Überarbeitung der Stoffstrombilanz angeboten, doch die Länder blieben konsequent und kritisieren zu Recht, das grundsätzliche Festhalten an dem Bilanzierungsinstrument. Noch gilt die aktuelle Verordnung, kann jedoch im Gemüsebau kaum bewertet werden. Als nächster Schritt wird voraussichtlich der Vermittlungsausschuss angerufen. In welcher Form es dann zu Kompromissen kommt, ist leider offen. Es ist klar, dass das Wirkungsmonitoring, das ebenfalls in der Novelle eingebunden war, von den Ländern wiederum als sinnvoller erachtet worden ist, um ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren mit der EU abzuwehren. Doch fehlt es noch an einem entsprechenden Referentenentwurf, was Ministerpräsident Hauck kritisch anmerkte in seiner Rede im Bundesrat. Optimal wäre das Streichen der Stoffstrombilanz, um die Verzögerung beim Wirkungsmonitoring aufzulösen. Auf jeden Fall wird sich intensiv mit der Stoffstrombilanz auseinandergesetzt mit dem Fokus auf den unnötigem Bürokratieaufbau, was immerhin ein Schritt in die richtige Richtung ist.



BU: Ufen im November 2023 im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zum Düngegesetz

Parlamentarisches Frühstück: Weiteren Bürokratieaufbau verhindern

Peter Höfler vertrat die Bundesfachgruppe Gemüsebau am 05. Juni 2024 und diskutierte über aktuelle gartenbaupolitische Themen mit Abgeordneten und Mitarbeitern des Deutschen Bundestages beim parlamentarischen Frühstück des Zentralverbands Gartenbau (ZVG). Energiepreise, Pflanzenschutz, Nährstoffbilanzierung, Torfreduktion und Maut sind nur einige der vielen Herausforderungen, denen sich der Gartenbau stellen muss und welche von den verschiedenen Fachrichtungen des ZVG andiskutiert wurden. Dabei wurden die Belastungen der Betriebe und mögliche Lösungswege besprochen. ZVG-Präsident Jürgen Mertz verwies auf das „Maßnahmenpaket Zukunft Gartenbau“, in welchem wichtige Stellschrauben für die Zukunft der Branche benannt sind. Mertz kritisierte die wachsenden Bürokratiebelastungen und verwies auf die ZVG-Vorschläge zum Bürokratieabbau. In diesem Zusammenhang kritisierte er auch die Datenkrake Lobbyregister. Sie zeuge von einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber der Wirtschaft und den Verbänden. Jens Stechmann, Vorsitzender des Bundesausschuss Obst und Gemüse sowie der Bundesfachgruppe, mahnt drängende Lösungen zur Pflanzenschutzverfügbarkeit an. Er kritisierte, dass der chemisch-synthetische Pflanzenschutz im vorgelegten „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“ nicht stattfinde. Diese pauschale, undifferenzierte und nicht faktenbezogene Einstellung gegen Pflanzenschutz sei der falsche Weg.



BU: Peter Höfler spricht stellvertretend für den Gemüsebau - Diskussion rund um den Gartenbau über den Dächern Berlins BQ: ZVG

BOG warnt vor Politisierung beim Mindestlohn

In einem Brief an Kanzler Scholz fordert Jens Stechmann, Vorsitzender des Bundesausschuss Obst und Gemüse, deutlich, das Thema Mindestlohn nicht als Wahlkampfthema zu platzieren und damit den Mindestlohn erneut zu politisieren. Aussagen in den letzten Wochen von Scholz, wonach dieser einen Mindestlohn von 15 € in Deutschland forderte, hatten zu Unruhe in der Branche geführt. Die Politik solle sich an die gegebene Zusage halten und die Erhöhung des Mindestlohns - wie vorgesehen - der Mindestlohnkommission überlassen, hält Stechmann dagegen. Die Politik habe die Festlegung des Mindestlohns zu Recht in die Hände der Tarifpartner gelegt, auch weil hier die Auseinandersetzung über die richtige Höhe mit Blick auf die gesamte Wirtschaft und die entsprechenden Auswirkungen geführt werden müsse. Eine politische Erhöhung des Mindestlohnes außerhalb der Arbeit der Mindestlohnkommission würde nicht nur die Produktionskosten übermäßig erhöhen, sondern auch zu Betriebsaufgaben und Produktionsverlagerungen ins Ausland führen. Damit einher geht auch der Verlust der hiesigen Umwelt-, Nachhaltigkeit- und Sozialstandards bei der Produktion von Obst und Gemüse, so Stechmann weiter. Der politische Fokus sollte wieder mehr auf die Ernährungssouveränität gelegt werden. Insbesondere um das übergeordnete Ziel einer stärker pflanzenbetonten Ernährung zu erreichen.

Bundesausschuss Obst und Gemüse

beim Deutschen Bauernverband e.V.
Deutscher Bauernverband e.V. - Deutscher Raiffeisenverband e.V. - Zentralverband Gartenbau e.V.

Bundesausschuss O+G • Claire-Waldoff-Str. 7 • 10117 Berlin

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Haus der Land- und Ernährungswirtschaft
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin
Telefon 030 31904 0
Durchwahl 31904 209
E-Mail: a.gylensting@bauernverband.net

Berlin, 27. Mai 2024
1.3 – 06/24 – Gy/ky

Diskussion um Mindestlohnserhöhung

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

mit großer Sorge haben wir Ihre Äußerungen zur Kenntnis genommen, die Sie in der letzten Zeit zu einer möglichen Mindestlohnserhöhung auf 15 Euro getroffen haben. Besonders betroffen macht uns in dem Zusammenhang, dass damit die Politik wieder ihr Wort bricht und plant in den grundsätzlich geregelten gesetzlichen Weg zur Mindestlohnfestsetzung politisch einzugreifen. Das wird von uns aufs Schärfste kritisiert.

In Deutschland produziertes Obst und Gemüse ist bereits durch die politischen Rahmenbedingungen wie der hohen Steuerlast, den im europäischen Vergleich hohen Lohnkosten - insbesondere durch den im Vergleich mit den Wettbewerbern aus den übrigen EU-Staaten hohen Mindestlohn - sowie den gestiegenen Energiekosten in der Produktion teurer. Das führt zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen sowohl im europäischen als auch im Drittland-Vergleich. Das diese Aussagen zutreffend sind, zeigt sich auch darin, dass die heimische Selbstversorgung mit gesundem Obst und Gemüse derzeit bei 20-30 Prozent stagniert.

In Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie wurde die heimische Produktion sowie erschwingliche und in Deutschland produzierte Lebensmittel als hohes Gut auch in der Politik gesehen. Aktuell ist davon nichts mehr zu spüren. Wir fordern, den politischen Fokus wieder mehr auf die Ernährungssouveränität zu legen. Insbesondere um das übergeordnete Ziel einer stärker pflanzenbetonten Ernährung zu erreichen.

Die Obst- und Gemüseproduktion ist arbeitsintensiv und saisonabhängig und vor diesem Hintergrund beschäftigt sie insgesamt auch rund 300.000 Saisonarbeitskräfte. Ohne diese

Fachgruppe Gemüsebau begrüßt AMK-Beschluss zu GLÖZ 2

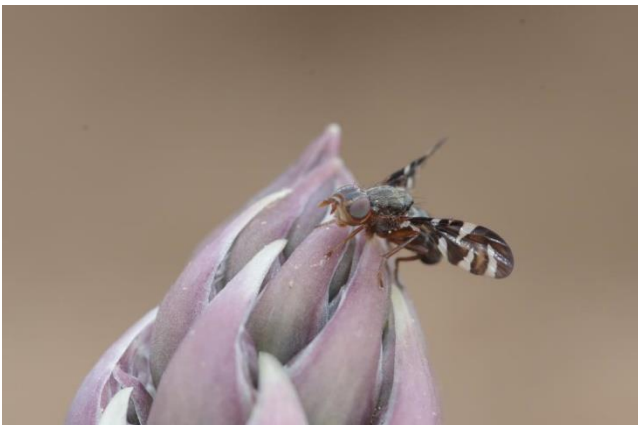
Die Forderungen der Agrarminister der Länder, beim Umbruchverbot von Spargel, Heidelbeeren und anderen Dauerkulturen beim Schutz von Feuchtgebieten und Mooren nachzubessern, wird von der Fachgruppe Gemüsebau außerordentlich begrüßt. Auf der Sonder-Agrarministerkonferenz (AMK) am 22.05.2024 wurde der Bund gebeten bei den Vorgaben der Regelung zum Guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand – Mindestschutz von Feuchtgebieten und Mooren (GLÖZ 2) entsprechende Anpassungen vorzunehmen. Damit wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan, um für betroffene Betriebe endlich Planungs- und Rechtssicherheit zu gewähren. In einem gemeinsamen Verbändeschreiben hatte die Fachgruppe Gemüsebau auf die aktuellen Regelungen zur GLÖZ 2 hingewiesen, die ein Umwandlungs- bzw. Umbruchverbot für Flächen mit Dauerkulturen vorsieht. Weitere Unterzeichner des Schreibens waren das Netzwerk der Spargel- und Beerenverbände (VSSE), die Bundesfachgruppe Obstbau, die Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse (BVEO), der Bundesausschuss Obst und Gemüse (BOG), der Bund deutscher Baumschulen (BdB), der Deutsche Bauernverband (DBV) und die Familienbetriebe Land und Forst. Die Verbände warnten, dass durch die Vorgaben der GLÖZ 2 wichtige Sonderkulturen mit mehrjährigen Standzeiten wie Heidelbeeranlagen, Spargelfelder oder Baumschulkulturen aus dem heimischen Anbau verschwinden könnten.



BU: Spargelflächen in Feucht- und Moorengebieten hätten nach den bisherigen Regelungen ein Umbruchverbot und könnten nur in Dauergrünland umgewandelt werden

Benevia nach Widerspruch verzögert bewilligt

Die Notfallzulassung auf Antrag der Bundesfachgruppe Gemüsebau für Benevia gegen die Spargelfliege wurde dieses Jahr unerwartet abgelehnt. Trotz des starken Schadens durch die Spargelfliege, der insbesondere in aufwachsenden Junganlagen bis zum 3. Standjahr, in früh aus der Ernte genommenen Anlagen und in Grünspargelbeständen beobachtet werden konnte. In den letzten Jahren hat der Befallsdruck durch die Spargelfliege in Spargelanbaubereichen jährlich zugenommen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass nach dem Wegfall des Wirkstoffs Dimethoat in vielen Anlagen keine Bekämpfung mehr durchgeführt wird. Zudem hat der Anteil an Grünspargel- sowie Biospargel zugenommen, in denen die Spargelfliege durchgängig bessere Entwicklungsmöglichkeiten findet. Es gibt keine wirksamen Alternativpräparate, eine grundlegende Voraussetzung für die Beantragung einer Notfallgenehmigung. Da sich durch die Witterung die Population regional massiv aufgebaut hat und der ursprüngliche Antrag abgelehnt wurde, bewilligten einzelne Bundesländer bereits 22er Genehmigungen, um wenigstens die sensiblen Neuanlagen schützen zu können. Mit Unterstützung aus den Pflanzenschutzdiensten und den Fachberatern zum Spargelanbau konnte jedoch schnell ein Widerspruch gegen die Ablehnung eingereicht werden, welcher schlussendlich doch bewilligt wurde mit einer Einschränkung auf 600 Liter begrenzt, ausreichend zur Behandlung von 4.000 ha Spargel mit einer Bandspritzung. Die Zulassung wird für die Zeit vom 15. Mai 2024 bis zum 11. September 2024 für 120 Tage erteilt, was nicht dem eigentlichen beantragten Zeitraum entspricht, jedoch grundsätzlich positiv aufgenommen wird, dass die zuständige Behörde sich hat mit entsprechenden fachlichen Argumenten umstimmen lassen.



BU: Bekämpfungsmöglichkeiten der Spargelfliege sind begrenzt

BQ: DLR-NW-jk

53er Anträge der Bundesfachgruppe Gemüsebau

Mittel	Kulturen	beantragt 120 Tage ab dem...	genehmigt	gestellt	Sonstiges
Fonganil Gold	Tomaten Jungpflanzen	01.11.2023	x		
	Salat-Arten	01.10.2023	x		
Lumiderm VG	Buschbohne	Beize ab 26.01; Aussaat ab 15.04.2024	x		
	Dicke Bohnen	Beize ab 26.01; Aussaat ab 15.04.2024	x		
	Stangenbohne	Beize ab 26.01; Aussaat ab 15.04.2024	x		erstmalige Anwendung
Orvego	Allium fistulosum	01.03.2024		x	Abgelehnt: 14.06, Widerspruch eingereicht
Benevia	Spargel	15.05.2024	x		Genehmigung erst nach Widerspruch
Fonganil Gold	Salat-Arten	29.01.2024	x		
	Frische Kräuter	29.01.2024	x		
	Tomaten Jungpflanzen	15.01.2024	x		
Pirimor G	Möhren	25.04.2024	x		
	Bohne, dicke Bohne, Erbse	01.05.2024	x		
	Salat-Arten	01.05.2024	x		
Fonganil Gold	Salat-Arten	17.07.2024	x		
	Frische Kräuter	17.07.2024	x		
Pirimor G	Salat-Arten	29.08.2024			beantragt am 30.07.2024
Lumiderm VG	Buschbohne	Beize ab 02.12.24; Aussaat ab 14.04.2025			geplant
	Dicke Bohnen	Beize ab 02.12.24; Aussaat ab 14.04.2025			
	Stangenbohne	Beize ab 02.12.24; Aussaat ab 14.04.2025			

Programm der Grünberger Gemüsebautage –Pflanzenschutz Spezial

**Eine Veranstaltung der Bundesfachgruppe Gemüsebau inklusive Sachkunde-
Fortbildungsschulung im Pflanzenschutz**

Von 26. November bis einschließlich 28. November 2024

Unterbringung und Tagung:

Tagungsort - Bildungsstätte Gartenbau Grünberg

Gießener Str. 47

35305 Grünberg (Hessen)

Tel.: 06401 91010

Fax: 06401 910191

Veranstalter: Fachgruppe Gemüsebau im BOG

Claire-Waldoff-Str. 7

10117 Berlin

Tel.: 030 2000 65-28 bzw. -26

Dienstag, 26. November 2024

Ab 18 Uhr Abendessen

Erstes Kennenlernen und Austausch zur Saison in der Bayernstube

Pizza ab 22 Uhr für Späthanreisende

Mittwoch, 27. November 2024

09:00 Uhr Begrüßung & Programmbesprechung

09:30 Uhr Lagerung von Pflanzenschutzmitteln *Christian Fetzer, Beratungsteam Gartenbau, Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH)*

10:00 Uhr Wanzen im Gemüsebau - Schadbilder und Regulierungsstrategien *Christian Fetzer*

10:30 Uhr Kommunikationspause

11:00 Uhr	Integrierter Pflanzenschutz im Gemüsebau <i>Albert Ifland, NÜPA</i>
11:45 Uhr	Aktuelles und Praktisches zum Pflanzenschutz im Gemüsebau <i>Dr. Philipp Meise, LWK NRW</i>
12:30 Uhr	Mittagessen
13:30 Uhr	Angewandte Applikationstechnik im Pflanzenschutz <i>Harald Kramer, LWK NRW</i>
14:30 Uhr	Spritzbares Mulchmaterial im Gemüsebau als wirksame Alternative zur Unkrautunterdrückung <i>Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe des Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus (StMELF)</i>
15:00 Uhr	Kreuzkrautbekämpfung in der Petersilie , <i>Johannes Frank, Erzeugerring Straubing</i>
15:30 Uhr	Kaffeepause
16:00 Uhr	Betriebsvorstellungen Gemüsebaubetrieb Bonus <i>Mark Bonus</i> Bioland KräuterGut Dworschak-Fleischmann <i>Tanja Dworschak</i>
18:30 Uhr	Spanischer Abend In der Bayernstube

Mittwoch, 28. November 2024

09:00 Uhr	Motiviert durch schwierige Zeiten – Erfolgskriterien landwirtschaftlicher Unternehmer von heute und morgen! <i>Dr. Ralf Schaab, Andreas Hermes Akademie</i>
10:30 Uhr	Pause
11:00 Uhr	Ist Geschmack wichtig? <i>Prof. Dr. Fritz-Gerald Schröder, Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden</i>
Abschlussbesprechung und anschließendes Mittagessen (ca. 12:30 Uhr)	

- Änderungen im Programm vorbehalten

Zimmer und Verpflegung

Einzelzimmer Komfort: 313,30 € pro Person

Doppelzimmer Komfort: 293,30 € pro Person (nur als Doppelnutzung)

Einzelzimmer Standard: 258,30 € pro Person

Doppelzimmer Standard: 229,30 € pro Person (nur als Doppelnutzung)

Beinhaltet: Übernachtungen, Frühstück, Kaffeepausen, Tagungsgetränke, Mittagsbuffet, nachmittags Kaffeepause inkl. Kuchen, Abendessen

Zzgl. Seminargebühr: 150,00 € pro Person

Anmeldung bitte über den beigefügten Rückmeldebogen: https://www.gemuesebau.org/wp-content/uploads/2024/07/Anmeldung-Gruenberger-Gemuesebautage-Spezial_2024.pdf